

Brennelementesteuer soll in den Bundesrat

Hannover. Die niedersächsische Landesregierung will sich für eine Verlängerung der Brennelementesteuer für Atomkraftwerke (AKW) stark machen. »Wir arbeiten derzeit an einer Bundesratsinitiative, die zum Ziel hat, die Ende 2016 auslaufende Brennelementesteuer bis 2022 zu verlängern«, sagte Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) in Hannover. Dadurch könne der Staat Einnahmen in Milliardenhöhe verbuchen, die für die Endlagerung des Atommülls genutzt werden könnten. 2022 sollen die letzten deutschen Reaktoren abgeschaltet werden. Die Steuer sollte ursprünglich 2,3 Milliarden Euro pro Jahr bringen. Durch die Stilllegung von acht AKW fällt das Aufkommen allerdings geringer aus. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/269297.brennelementesteuer-soll-in-den-bundesrat.html>